Author’s version of: Kohnert, Dirk (1993): *Demokratisierung im frankophonen Afrika - "Freie Bahn dem Liberalismus !"*, in: Betz / Matthies (eds.), "Jahrbuch der Dritten Welt", Beck, München, 1993:137 - 156

Abstract

[*Democratization in francophone Africa: "clear the path to liberalism!"*] - While at the beginning of the process of democratic renewal in 1990 only four of the 24 francophone countries in sub-Saharan Africa had a multiparty system (Comoros, Madagascar, Mauritius, Senegal), today only three states are banning this basic element of a pluralistic democracy. Five countries (Benin, Congo, Mali, Niger, Togo) also initiated the process of political renewal through the decisions of a sovereign national conference with representatives of all socially relevant forces. In addition, most other governments also plan to create the framework for a comprehensive liberalization of their political system. However, the consonance in the window speeches of the politicians should not obscure the fact that the commitments to political and economic liberalization often were only due to massive internal and external political pressure and primarily set the formal framework of a pluralistic society. "The second liberation" of Africa, as the present wave of democratization was euphemistically baptized in terms of the (first) liberation from the yoke of colonial rule, benefits first and foremost the urban intellectual elite and those producers or enterprises that occupy a privileged resource position in the world market. The vast majority of urban and rural poor are not actively involved in this process. The current liberalization process is more likely to result in a further divergence of the gap between economic and social inequality between rich and poor.

Résumé

[*Démocratisation en Afrique francophone: "ouvrir la voie au libéralisme!*"] - Alors qu'au début du processus de renouveau démocratique en 1990, seulement quatre des 24 pays francophones d'Afrique subsaharienne avaient un système multipartite (Comores, Madagascar, Maurice , Sénégal), aujourd'hui seuls trois États interdisent cet élément fondamental d'une démocratie pluraliste. Cinq pays (Bénin, Congo, Mali, Niger, Togo) ont également initié le processus de renouveau politique à travers les décisions d'une conférence nationale souveraine avec des représentants de toutes les forces vives de la population. En outre, la plupart des autres gouvernements prévoient également de créer le cadre d'une libéralisation complète de leur système politique. Cependant, la consonance dans les discours de fenêtre des politiciens ne devrait pas masquer le fait que les engagements à la libéralisation politique et économique étaient souvent seulement dus à la pression politique interne et externe massive et déterminent principalement le cadre formel d'une société pluraliste. "La deuxième

libération" de l'Afrique, telle que la vague actuelle de démocratisation a été baptisée euphémiquement en termes de (première) libération du joug colonial, profite avant tout à l'élite intellectuelle urbaine et aux producteurs ou entreprises qui occupent une ressource position privilégiée sur le marché mondial. La grande majorité des pauvres urbains et ruraux ne participent pas activement à ce processus. Le processus de libéralisation actuel est plus susceptible d'entraîner une nouvelle divergence de l'écart entre les inégalités économiques et sociales entre riches et pauvres.

Zusammenfassung

Während zu Beginn des Erneuerungsprozesses 1990 nur vier der 24 frankophonen Staaten im Afrika südlich der Sahara ein Mehrparteiensystem hatten (Komoren, Madagaskar, Mauritius, Senegal), sperren sich heute nur noch drei Staaten gegen dieses Grundelement einer pluralistischen Demokratie. Fünf Länder (Benin, Kongo, Mali, Niger, Togo) leiteten den politischen Erneuerungsprozeß zudem durch die Beschlüsse einer souveränen Nationalkonferenz mit Vertretern aller gesellschaftlich relevanten Kräfte ein. Auch die meisten anderen Regierungen planen darüber hinaus ernsthaft, die Rahmenbedingungen für eine umfassende Liberalisierung ihres politischen Systems zu schaffen. Der Gleichklang in den Fensterreden der Politiker sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Bekenntnisse zur politischen und wirtschaftlichen Liberalisierung oft nur auf massiven inneren und äußeren politischen Druck zustande kamen und in erster Linie den formellen Rahmen einer pluralistischen Gesellschaft abstecken. "Die zweite Befreiung" Afrikas, wie die gegenwärtige Demokratisierungswelle euphemistisch, in Bezug auf die (erste) Befreiung vom Joch der Kolonialherrschaft, getauft wurde, kommt in erster Linie der städtischen intellektuellen Elite und denjenigen Produzenten oder Unternehmen zugute, die sich auf Grund ihrer privilegierten Ressourcenposition in den Weltmarkt integrieren können. Die überwiegende Mehrheit der Armen in Stadt und Land ist in diesen Prozeß nicht aktiv einbezogen. Der gegenwärtige Liberalisierungsprozeß läuft eher auf ein weiteres Auseinanderklaffen der Schere wirtschaftliche r und sozialer Ungleichheit zwischen Arm und Reich hinaus.

Dirk Kohnert

Demokratisierung im frankophonen Afrika: „Freie Bahn dem Liberalismus!"

1. Aktueller Stand der Demokratisierung

Nach zwei Jahren Erfahrung mit dem Demokratisierungsprozeß im frankophonen Afrika, der modellhaft in Benin mit dem renouveau démocratique – dem afrikanischen Synonym für perestroika – im Dezember 1989 eingeläutet wurde, erscheint es angebracht, eine erste Zwischenbilanz zu ziehen. Während zu Beginn des Erneuerungsprozesses nur vier der 24 frankophonen Staaten im Afrika südlich der Sahara ein Mehrparteiensystem hatten (Komoren, Madagaskar, Mauritius, Senegal), sperren sich heute nur noch drei Staaten gegen dieses Grundelement einer pluralistischen Demokratie. Fünf Länder (Benin, Kongo, Mali, Niger, Togo) leiteten den politischen Erneuerungsprozeß zudem durch die Beschlüsse einer souveränen Nationalkonferenz mit Vertretern aller gesellschaftlich relevanten Kräfte ein. Auch die meisten anderen Regierungen planen darüber hinaus ernsthaft, die Rahmenbedingungen für eine umfassende Liberalisierung ihres politischen Systems zu schaffen.

Auf der ersten panafrikanischen Konferenz über Demokratisierung in Dakar im Mai 1992 verpflichteten sich die anwesenden politischen Führer von Regierung und Opposition in der „Deklaration von Dakar" nochmals zur Abkehr vom Einparteisystem durch einen friedlichen Übergang zu einer pluralistischen Gesellschaftsordnung unter Beachtung freier und transparenter Wahlen als alleiniger Quelle des Volkswillens und staatlicher Legitimität. Diesen Beteuerungen waren ähnliche regionale Konferenzen vorausgegangen, wie der ECOWAS-Gipfel im Juli 1991 in Abuja (Nigeria) oder das Treffen der afrikanischen „Frankophonie" in La Baule (Frankreich) ein Jahr zuvor, wo die anwesenden afrikanischen Staatschefs gemäß dem Zeitgeist ihr Bekenntnis zum politischen Liberalismus und zur Respektierung

der menschlichen Grundrechte ablegten. Die Forderungen der Oppositionspolitiker und der internationalen Gebergemeinschaft kristallisieren sich immer wieder um die gleichen (formalen) Kriterien der Errichtung eines liberalen Rechtsstaates gemäß Forderungen, die bereits die nationale Bourgeoisie in Europa im Kampf gegen feudale Aristokratie und Zünfte erhoben hatte: Gleichheit vor dem Gesetz (Rechtsstaatlichkeit) und Einhaltung der Menschenrechte, Einführung eines Mehrparteiensystems, freie Wahlen, Entstaatlichung und freie Presse. Den friedlichen Übergang sehen viele Oppositionsbewegungen am besten durch eine mit exekutiven und legislativen Vollmachten ausgestattete Nationalversammlung gemäß dem beninischen Beispiel gewährleistet, vor dem allerdings die Mehrheit der noch an der Macht befindlichen autokratischen Herrscher bisher zurückschreckte.

Der Gleichklang in den Fensterreden der Politiker sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Bekenntnisse zur politischen und wirtschaftlichen Liberalisierung oft nur auf massiven inneren und äußeren politischen Druck zustande kamen und in erster Linie den formellen Rahmen einer pluralistischen Gesellschaft abstecken. „Die zweite Befreiung" Afrikas, wie die gegenwärtige Demokratisierungswelle schon euphemistisch, in Bezug auf die (erste) Befreiung vom Joch der Kolonialherrschaft, getauft wurde, kommt in erster Linie der städtischen intellektuellen Elite und denjenigen Produzenten oder Unternehmen zugute, die sich auf Grund ihrer privilegierten Ressourcenposition in den Weltmarkt integrieren können. Die überwiegende Mehrheit der Armen in Stadt und Land ist in diesen Prozeß nicht aktiv einbezogen. Der gegenwärtige Liberalisierungsprozeß läuft eher auf ein weiteres Auseinanderklaffen der Schere wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit zwischen Arm und Reich hinaus.

Die derzeitige Demokratisierungswelle ist vermutlich nicht von ungefähr vom frankophonen Afrika ausgegangen, dessen Mittelklasse unter dem Ausschluß von den Pfründen der Macht durch das hierarchische französische Präsidialsystem – noch verstärkt durch afrikanische Tendenzen zur Personifizierung der Macht in den Händen der Staatschefs – und die Einbindung in die

wenig nationale Handlungsfreiheit gewährende Franc-Zone angesichts der immer fühlbareren Wirtschaftskrise besonders stark zu leiden hatte. Die anglophonen Länder bauten demgegenüber relativ mehr checks and balances der Macht in ihr Gesellschaftssystem ein, während die Führer der lusophonen Länder noch von den Lorbeeren des bis in die siebziger Jahre andauernden Befreiungskampfes gegen die Portugiesen zehren.

Ziel des folgenden Aufsatzes ist es – ausgehend von einer Gegenüberstellung verschiedener in Afrika diskutierter Demokratie-Konzepte –, den spezifischen Einfluß Frankreichs auf die gegenwärtige Demokratisierungsbewegung und deren gesellschaftliche und ökonomische Grundlagen im frankophonen Afrika bis zu ihren Wurzeln in der Kolonialzeit zurückzuverfolgen. Darauf aufbauend werden verschiedene gesellschaftspolitische Strömungen und die aus ihnen in den einzelnen Staaten jeweils entspringenden unterschiedlichen Demokratisierungsprozesse idealtypisch zusammengefaßt.

2. Universalistische vs. afrikanische Demokratie-Konzepte

Afrikaner wie der senegalesische Staatspräsident A. Diouf betonen, daß die Idee einer spezifisch „afrikanischen" Demokratie eine Fiktion sei; es gäbe nur eine universelle Demokratie, deren Implementierung in den afrikanischen Staaten heute eher eine Frage der technischen Notwendigkeit denn eine ethisch-moralische Frage sei. Es sei nicht länger möglich, die Gesellschaft bei ihrem gegenwärtig erreichten Komplexitätsgrad nur von einer Person regieren zu lassen. Auch die internationalen Geber der – am Tropf der Entwicklungshilfe hängenden – afrikanischen Staaten haben wohl in erster Linie diese utilitaristisch-technokratische Auffassung von Demokratie im Auge, wenn sie im Rahmen politischer Konditionierung mehr politische und wirtschaftliche Liberalisierung verlangen, um so die Integration der afrikanischen Staaten in das bestehende Weltwirtschaftssystem zu erleichtern.

Demgegenüber bleibt festzuhalten, daß die pluralistische Demokratie westlichen Musters, wie sie jetzt von den Gebern ihren

afrikanischen Partnern ans Herz gelegt wird, das Produkt eines jahrhundertelangen gesellschaftlichen Zivilisationsprozesses in Europa ist, der auch bei uns noch nicht abgeschlossen wurde, höchst fragil bleibt und gemeinhin unter den Schlagworten Machtmonopol des Staates, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Zivilgesellschaft und freie Marktwirtschaft gefaßt wird. Die Herausbildung des Marktes ist nicht nur wegen der historisch gewachsenen Auswirkungen auf die gesellschaftliche Organisation, wie Trennung von Kapital und Lohnarbeit, Arbeiterbewegung, etc. von entscheidender Bedeutung. Der Markt als unpersönlicher und „neutraler" gesellschaftlicher Regulator der Verteilung von Ressourcen ist außerdem eine wichtige Voraussetzung für die Verankerung der Idee der Gleichheit der Individuen vor dem Gesetz und des gleichberechtigten Wettbewerbes verschiedener Parteien und Programme in der Bevölkerung. Ob sich auch afrikanische Gesellschaften mit ihren ganz andersartigen Entwicklungsvoraussetzungen an diesem Ideal orientieren *sollten*, ist eine normativ-ethische Entscheidung; ob sie es derzeit auch *können*, ist eine offene Frage, angesichts der unvollständigen Marktintegration großer Teile der Bevölkerung und der vielen fehlgeschlagenen Versuche der Verankerung westlicher Demokratiemodelle in den ehemaligen französischen oder britischen Kolonien nach der Unabhängigkeit. Außerdem gefährden folgende sozio-kulturelle Eigenheiten afrikanischer Gesellschaften potentiell den Erfolg einer liberalen Demokratie in Afrika:

– Eine auf mündliche Überlieferung aufgebaute Zivilisation, die mit dem Korrektiv einer auf Verschriftlichung (Zeitungen, etc.) aufgebauten und verbreiteten Kritik als konstitutierendem Element einer liberalen Demokratie wenig vertraut ist;
– Die enge Verknüpfung zwischen weltlicher und spiritueller (prinzipiell nicht kritisierbarer) Autorität im Denken der Afrikaner;
– Der in allen schwarzafrikanischen Gesellschaften tief verwurzelte Glaube an Magie und Hexen, der tendenziell gegen die Individualisierung von Freiheits- und Eigentumsrechten gerichtet ist und eine intersubjektive Überprüfbarkeit von gesellschaftspolitischer Kritik erschwert;

– Das egalitäre Ethos der Dorfgemeinschaft, das nicht nur individuelle Akkumulation erschwert, sondern auch die Rationalität und Legitimität übergeordneter bürokratischer Entscheidungen einer hierarchischen Staatsverwaltung in Frage stellt.

Im Gegensatz zum senegalesischen Staatspräsidenten (s. o.) berufen sich andere Afrikaner auf eigenständige afrikanische Traditionen der Demokratie, jedoch aus unterschiedlichen Gründen. Die reservierte Haltung gegenüber der Einführung des Mehrparteiensystems seitens afrikanischer Potentaten ist sicherlich nicht zuletzt von dem Willen beeinflußt, die Pfründe der Macht in ihrer Hand zu behalten und die Forderungen der Opposition nach pluralistischen oder basis-demokratischen Reformen zu diskreditieren.

Unbestritten ist die Idee der bourgeoisen liberalen Demokratie erst durch die ehemaligen Kolonialherren in Afrika verankert worden. Der Bezug von Afrikanern auf ur-demokratische Traditionen, etwa die des Dorfpalavers, ist eine grobe Vereinfachung. Selbst herrscherlose Gesellschaften in Afrika waren in vorkolonialer Zeit durch eine starke Hierarchisierung und Statusdifferenzierung gekennzeichnet. Demokratie äußerte sich weniger in der Anerkennung individueller Rechte als vielmehr in der Gewährung gruppenspezifischer Rederechte und Entscheidungsmacht, die meist den Alten und Männern zustand, während die Jungen, Frauen und Sklaven davon ausgeschlossen blieben. Viele vorkoloniale afrikanische Gesellschaften waren zwar nicht demokratisch, wohl aber pluralistisch und dezentral organisiert, mit einem dichtgesponnenen Netz gruppenspezifischer checks and balances (z. B. Politische Herrscher, chef de terre, Bänkelsänger, Anti-Hexen- und Geheimbünde).

Die Diskussion verschiedener Demokratiekonzepte in Afrika ist zuletzt untrennbar verbunden mit der Frage nach der universellen Gültigkeit der Menschenrechte, die auch für Afrika – nicht nur von fundamentalistischen Anhängern des Islam – bestritten wird, z. B. weil die Festschreibung bourgeoiser individualistischer Freiheits- und Eigentumsrechte bei einer ungerechten Macht- und Eigentumsverteilung letztere eher noch zum Nachteil der Armen und Unterprivilegierten konsolidiert oder weil

Afrikaner Menschenrechte stärker auf das Kollektiv, die Gemeinschaft, als auf das isolierte Individuum beziehen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß die Diskussion um unterschiedliche Konzepte der Demokratie in Afrika nicht nur eine akademische Debatte ist, sondern weitreichende politische Auswirkungen hat, schon allein deswegen, weil Demokratiekonzepte instrumentalisiert werden, um damit ganz andere (oft höchst undemokratische) politische Interessen durchzusetzen. Insofern ist schon viel gewonnen, wenn man (insbesondere Frankreich) den Afrikanern – wie anderen Völkern der Erde (z. B. Indien) auch – das Recht zugestehen würde, die ihrem Gesellschafts- und Wirtschaftssystem am besten angepaßte Form der Demokratisierung zu entwickeln.

3. Der Einfluß Frankreichs

Die kolonialen Wurzeln des autoritären Staates

Der Demokratisierungsprozeß in Afrika ist ohne einen Rückgriff auf die Geschichte der Entwicklung der Gesellschaftssysteme der einzelnen Länder nicht verständlich; nicht zuletzt deswegen, weil die Afrikaner, die heute die Geschicke ihrer Völker bestimmen, bewußt oder unbewußt aus eben diesem historisch gewachsenen soziokulturellen System heraus handeln. Diese Entwicklung ist in den ehemaligen französischen Kolonien wesentlich anders verlaufen als im anglophonen oder im lusophonen Afrika. Der bekannteste und augenscheinlichste Gegensatz ist der zwischen der *indirect rule* der Briten und dem direkten Eingreifen der französischen Kolonialverwaltung in die vorgefundenen afrikanischen Sozialstrukturen, mit einem entsprechend geringeren Autonomiegrad der untergeordneten afrikanischen Dorf- und Distriktchefs. Das afrikanische Erbe des Despotismus in den alten Königreichen, wie etwa in Abomey (Dahomey), kam den Intentionen der französischen Kolonialherren dabei sehr entgegen. Die starken zentralistisch-hierarchischen Tendenzen in der Verwaltungsstruktur Frankreichs der Jahrhundertwende, die die Kolonialbeamten quasi automatisch auf die Kolonien zu übertragen versuchten, beruhten auch in

Frankreich auf einer bäuerlichen Tradition, die hier stärker ausgeprägt war als bei allen anderen europäischen Großmächten. Diese Zentralismustendenzen sind als Reaktion auf den ausgeprägten bäuerlichen Individualismus in Frankreich dieser Zeit und aus der Angst vor einer Infragestellung des gesamten politisch-administrativen Systems – in Frankreich und in seinen afrikanischen Kolonien – zu begreifen. Allerdings wäre es verfehlt, die *Doktrin* der zentralistischen französischen Kolonialverwaltung mit deren *Realisierung* zu verwechseln. Willkür und Despotismus resultierten eher aus der politisch-administrativen Ohnmacht des französischen Kolonialstaates gegenüber den defensiven Strategien der Bauern in afrikanischen Bauernstaaten mit einer geringen Marktintegration und der Notwendigkeit, die offensichtliche Ineffizienz der eigenen Verwaltung gegenüber den jeweils höheren Stellen zu kaschieren.

Die vielfach kritisierte autoritär-paternalistische Haltung heutiger afrikanischer Potentaten hat somit in einem Kolonialsystem ihre Wurzeln, das bereits vorhandene Tendenzen zum Despotismus im vorkolonialen Afrika durch den Abbau traditioneller sozialer Kontrollmechanismen und durch Vernetzung und Zentralisierung noch konsolidierte sowie auf bis dahin noch unberührte herrscherlose Ethnien mit kommunalen Produktionsweisen ausdehnte. Die erzwungene Einbindung der afrikanischen Wirtschaft als Rohstofflieferant in das Netz der französischen Kolonialwirtschaft bzw. das Weltwirtschaftssystem führte zur Vernachlässigung des inneren Marktes und der heimischen Nahrungsmittelproduktion sowie zur Umweltzerstörung großen Ausmaßes (z. B. Baumwollanbau [Sahel], Holzexport [Gabun]).

Eine besondere Facette dieses autoritär-paternalistischen Denkens und Handelns resultierte aus der Notwendigkeit der „In-Wert-Setzung" *(mise en valeur)* der französischen Kommandowirtschaft, sie betrifft die Frage der „Entwicklung" bzw. der Entwicklungshilfe. Die heute vielbeklagte passive „Nehmermentalität" der Zielgruppen der Entwicklungszusammenarbeit beruht nicht zuletzt auf dem über Generationen hinweg durch die Kolonialadministration mit Zuckerbrot (Subventionierung,

Vergabe von politischen oder wirtschaftlichen Privilegien, etc.) und Peitsche (Zwangsarbeit, Enteignung, Besteuerung, etc.) eingebleuten Vorurteil, daß lokales Erfahrungswissen nichts wert ist und die Beamten der (Kolonial-)Bürokratie das Monopol des Wissens und der Modernität gepachtet haben.

Schließlich ist auch die gängige Ableitung der Gefahren des Mehrparteiensystems in Afrika aus der angeblichen Neigung der Afrikaner zum Tribalismus und Regionalismus keineswegs mit der vorkolonialen Tradition afrikanischer Gesellschaften zu erklären. Die vorkolonialen kommunalen Produktionsweisen oder die afrikanischen Königreiche waren in der Regel eher Vielvölkergemeinschaften, in denen die darin lebenden Ethnien durch eine differenzierte soziale und wirtschaftliche Aufgabenteilung miteinander verbunden waren. Sicherlich gab es auch schon hier – etwa im alten Songhai-Reich – Bestrebungen, Ethnizität und Religion (z.B. den Islam) zur Absicherung der eigenen Herrschaft zu instrumentalisieren und zu politisieren. Systematisch und in großem Stil gefördert wurde politische Ethnizität aber erst durch die französischen Kolonialherren zwecks Absicherung des über alle ethnischen, religiösen und regionalen Grenzen hinweg errichteten künstlichen Nationalstaates. Die nationalen afrikanischen Juniorpartner der Kolonialherren bauten im Kampf um die Vormachtstellung zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit dieses politische Instrument der Ethnizität, des Regionalismus oder religiöser Konflikte weiter aus.

Französischer Imperialismus seit der Unabhängigkeit

Auch nach dem Ende der Kolonialherrschaft dauert die politische, wirtschaftliche, kulturelle und militärische Intervention Frankreichs an. Politische und strategische Faktoren waren dabei ausschlaggebender als wirtschaftliche. Frankreichs Präsenz in Afrika gilt in den Augen seiner politischen Führung – neben der Rolle als Atommacht und seinem ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat – als einer der drei Pfeiler französischer Großmachtpolitik.

Die Besonderheit der französischen Dekolonialisierungspolitik bestand darin, daß sie die Fortsetzung direkter Interventionen durch eine Reihe unterschiedlicher Kolonialbehörden und durch eine Serie von Verträgen (inklusive Geheimverträge zur militärischen Zusammenarbeit) mit den neuen unabhängigen afrikanischen Staaten absicherte, wobei der Einbindung des frankophonen Afrikas in die Franc-Zone und in die sozio-kulturelle Gemeinschaft der Frankophonie, d.h. der Propagierung und Subventionierung der französischen Sprache und Kultur in Afrika zur Aufrechterhaltung der Anbindung an das Mutterland, besondere Bedeutung zukommt.

Obwohl die meisten frankophonen afrikanischen Staaten bei ihrer Unabhängigkeit weitgehend die formalen politischen (Präsidialverfassung) und administrativen Strukturen ihrer ehemaligen Kolonialherren übernahmen, sind liberale demokratische Grundprinzipien, wie wir sie aus den westlichen Industrieländern kennen, nie wirklich verankert gewesen. Die französischen Eliteschulen, auf denen ein Großteil der Führer des frankophonen Afrika ausgebildet wurde, hatten (und haben immer noch) einen beträchtlichen Einfluß auf das Denken und Handeln der afrikanischen Intellektuellen und der Staatsklasse in den ehemaligen französischen Kolonien. Sie konnten somit jedoch zwar das Demokratieverständnis der französischen Revolution vermitteln, den afrikanischen Ländern fehlten aber sowohl die entsprechende sozioökonomische Basis einer sich herausbildenden Marktwirtschaft als auch effektive bürgerliche gesellschaftspolitische Institutionen zur Kontrolle der Regierung. Afrikaner wie Ugandas Präsident Y. Museveni meinen gar, Afrika habe die „Stammes-Stufe“ *(tribal stage)* politischer Entwicklung noch nicht überwunden.

Die rechtsstaatliche Form der französischen Präsidialverfassung wurde den afrikanischen Ländern von den Kolonialherren daher nur übergestülpt; sie ist nicht von innen heraus gewachsen. Ihre Einhaltung entsprach nicht dem Interesse der Herrschenden. Im Konfliktfall siegte in der Regel deren vorrangiges Bezugssystem, das „traditionelle“ informelle System von Klientelbeziehungen und Pfründenwirtschaft. Die demokratische

Fassade vom Volk legitimierter politischer Institutionen brach denn auch in den meisten Ländern bald nach der Unabhängigkeit zusammen und machte Militärdiktaturen oder „sozialistischen" Einheitsregimen Platz. Letztere waren faktisch oft nicht einmal Einparteisysteme, sondern reduzierten sich durch Usurpation der Macht in der Partei schnell auf die Person eines Despoten. Die Kolonialwirtschaft mündet in den Kommandostaat und in Pfründenwirtschaft.

Dementsprechend haben sich die meisten Regime im frankophonen Afrika durch generationenlange Ausbeutung und Repression politischer Opposition soweit vom Volk entfernt, daß insbesondere die ärmeren Schichten der Bevölkerung jeden Kontakt mit der Staatsmacht möglichst vermeiden. Sie entwickeln allenfalls eine passive Nehmermentalität, bei der es darum geht, das Maximum aus dem Geber herauszuholen. Dabei bleibt die Festigung des Vertrauens auf die eigene Kraft in der Regel auf der Strecke. Entwicklungshilfe wird in Staaten wie Benin oder Madagaskar, die durch jahrzehntelange Mißwirtschaft und verschlechterte wirtschaftliche Rahmenbedingungen seit Jahren am Tropf der Entwicklungshilfe hängen, von der herrschenden Elite ebenso wie von den „ländlichen Armen" als Beute betrachtet, die man den Gebern – manchmal im Kampf mit konkurrierenden Klientelfraktionen – abjagt. Die afrikanischen Regierungen gewannen mit der Ausnutzung des Ost-West-Gegensatzes einen beträchtlichen Handlungsspielraum zurück, den sie systematisch als Trumpf in dem Spiel strategischer Gruppen um diese Beute der Entwicklungshilfe einsetzten. Deren Verteilung nach klientel-strategischen Gesichtspunkten bildete eine wesentliche Grundlage – wenn nicht für die Legitimierung der Macht der Regierung, so doch zumindest – zur „Ruhigstellung" der Bevölkerung.

Mit dem Zusammenbruch des Ostblocks und der immer einschneidender fühlbaren Wirtschaftskrise, die in Staaten wie Benin praktisch zum Bankrott des (staatlichen) Bankensystems führte, nahm der Handlungsspielraum insbesondere der autokratischen afrikanischen Führer rapide ab. Die afrikanische Krise spiegelte sich wider in der abnehmenden Attraktivität Afrikas

für die französische Wirtschaft. Stammten kurz nach der Unabhängigkeit der Kolonien (1962) noch 20,6% der französischen Einfuhren aus Afrika, so waren es 1991 nur noch 5,1%. Bei den Ausfuhren sank der Anteil des Afrikahandels an den französischen Gesamtexporten im gleichen Zeitraum von knapp 20% (1962) auf 7% (1991). Während noch 1975 zwei Drittel der französischen privaten Direktinvestitionen in der Dritten Welt nach Afrika (außer Südafrika) flossen, gingen sie von 12 Mrd. Francs 1984 auf Null (1985) zurück; ab 1987 wurde der Netto-Kapitalfluß von Frankreich nach Afrika sogar negativ, ebenso wie der Saldo der französischen Zahlungsbilanz (ab 1988) gegenüber den afrikanischen Ländern der Franc-Zone.

Es ist damit absehbar, daß Frankreich die wachsende finanzielle Belastung durch seine ehemaligen afrikanischen Kolonien nicht mehr unbegrenzt tragen kann, zumal die weltpolitische und geostrategische Bedeutung des afrikanischen Kontinents mit dem Wegfall des Ost-West-Gegensatzes ebenfalls abnimmt. Frankreichs Forderung nach politischer und wirtschaftlicher Liberalisierung und seine Vorreiterrolle bei der politischen Konditionierung der Entwicklungshilfe im frankophonen Afrika ist daher nicht zuletzt auch unter dem Gesichtspunkt der Kostenbegrenzung zu sehen.

Allerdings laufen Frankreich und die übrigen Geber mit der politischen und wirtschaftlichen Konditionierung in der derzeitigen Form bereits Gefahr, die Saat für neue autokratische Führer in Afrika zu legen. Die afrikanische Staatsklasse verliert mit der geforderten Deregulierung, Privatisierung und dem Abspecken des öffentlichen Dienstes nicht nur Ressourcen sondern auch Legitimität in den Augen der Bürger. Denn die internationale Gebergemeinschaft begnügt sich nicht damit, kurzfristige wirtschaftliche Stabilitätspolitik durchzusetzen, sondern sie nimmt den Regierungen sukzessive auch wesentliche Attribute nationaler Souveränität, sowohl auf dem Gebiet der Wirtschafts- als auch der Außenpolitik. Der französische Botschafter in Cotonou (Benin) wurde von der Bevölkerung daher schon sarkastisch – im Anklang an die Kolonialzeit – als „unser Gouverneur" tituliert. Die neuen demokratisch gewähl-

ten Regierungen, wie die des Beniner Staatspräsidenten Soglo (ehemals hochrangiger Weltbankmitarbeiter in Paris), beziehen bereits einen Großteil ihrer Legitimität in den Augen der Bevölkerung daher, daß ihnen am ehesten zugetraut wird, auch zukünftig den Fluß der Entwicklungshilfe zu gewährleisten. Da diesen Regierungen aber keine neuen legitimitätsfördernden Aufgaben zuwachsen, und die Möglichkeiten zur Erzielung und Verteilung der Pfründeneinkommen mit der politischen und sozialen Konditionierung eher geschmälert werden, entstehen bei anhaltender Wirtschaftskrise soziale Unruhen und gesetzlose Sphären privater Bereicherung, sei es bei den entlassenen oder unterbezahlten Staatsdienern (Zöllner, Soldaten, Killerkommandos, etc.), sei es auf den „Schattenseiten" des informellen Wirtschaftssektors (Schmuggel, Handel mit Drogen, Giftmüll und Waffen, etc.). Der Zusammenbruch des formellen Marktes – gekoppelt mit der Auflösung des Gewaltmonopols des Staates – bringt aber gerade die gesellschaftlichen Kräfte an die Macht, die am wenigsten einer liberalen Demokratisierung geneigt sind, und der Ruf des Volkes nach einem neuen „starken Führer" wird lauter.

4. Vier Modelle der aktuellen Demokratisierung

Der Prozeß der demokratischen Erneuerung ist selbst innerhalb der Gruppe der frankophonen Staaten – je nach den unterschiedlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen – bisher sehr unterschiedlich verlaufen. Vier idealtypisch abgrenzbare Modelle der aktuellen Demokratisierung lassen sich unterscheiden:

(1) Demokratisierung „von unten", angeführt von der städtischen intellektuellen Elite, mittels einer verfassungsgebenden souveränen Nationalversammlung. Beispiele sind Benin, Kongo (bis Januar 1992), Niger und Togo (bis Nov. 1991).

(2) Von autokratischen Staatspräsidenten und den mit ihnen verbündeten Militärs manipulierte Demokratisierungsprozesse (roll-back-Strategien). Fallbeispiel sind Togo (ab Dez. 1991) und Kongo (ab Januar 1992).

(3) Durch Militärregime von oben gelenkte Übergangsphasen zur pluralistischen Demokratie. Fallbeispiele sind Mali (demokratisch, mit Nationalkonferenz) vs. Burkina Faso (dirigistisch, gegen die Opposition).

(4) Hinhaltender Widerstand autokratischer Regime gegen eine mehr oder weniger zerstrittene oder ohnmächtige Opposition. Beispiele hierfür sind die Côte d'Ivoire, Kamerun, Madagaskar und Zaire.

Die Bestimmungsfaktoren dieser verschiedenen Demokratisierungsversuche sollen im folgenden an einzelnen Fallbeispielen dargestellt werden.

Demokratisierung durch eine souveräne Nationalversammlung: das Beniner Modell

Benin befindet sich gemäß dem zweiten „Bericht zur menschlichen Entwicklung" der UNDP am unteren Ende der Skala der „menschlichen Entwicklung". Das staatliche Bankenwesen und die Verwaltung Benins standen zum Regimewechsel 1989 vor dem Zusammenbruch. Als eines der ärmsten Länder der Welt hängt Benin am Tropf der Entwicklungshilfe. Seit dem Beginn der Kolonialzeit hat sich ein weitgehend am französischen Schul- und Universitätssystem orientierter intellektueller Mittelstand herausgebildet, der Benin den Ruf des *quartier latin* des frankophonen Afrikas eintrug. Dieser Mittelstand kann nicht mehr automatisch damit rechnen, an den Pfründen der Staatsadministration teilzuhaben oder auch nur eine den Lebensunterhalt sichernde Beschäftigung in diesem Sektor zu finden. Nicht zuletzt diese düsterer werdenden Perspektiven des intellektuellen Kleinbürgertums und dessen Unzufriedenheit mit der zunehmenden Einschränkung seines Handlungs- und Verdienstspielraumes durch die aktuelle Wirtschaftskrise und das System des „Kommandostaates" haben den Brandsatz für die „unblutige Revolution" oder – wie der ehemalige Staatspräsident Kérékou sagte – den „zivilen Staatsstreich" in Benin und in anderen frankophonen afrikanischen Staaten wie Kongo, Niger und Togo gelegt. Insbesondere die jungen – von Arbeitslosigkeit bedrohten –

Studenten und Akademiker pochen heute auf Gleichheit der Startchancen, die Einhaltung rechtsstaatlicher Normen und suchen nach politischen Organisationsformen, um eine stärkere Beteiligung an der politischen Macht durchzusetzen.

Der politische und wirtschaftliche Liberalisierungsprozeß Benins ab 1989 wird von vielen Kommentatoren innerhalb und außerhalb des Landes als vorbildlich angesehen. Die gesellschaftspolitischen Meilensteine des Beniner Weges zur Ablösung einer autokratischen Regierungsform, insbesondere die Nationalversammlung aller gesellschaftlich relevanten Kräfte und deren Selbsteinsetzung zum Souverän des Volkes mit der anschließenden Absetzung der Regierung, Außerkraftsetzung der Verfassung etc., gelten als nachahmenswertes Modell für den politischen Öffnungsprozeß in anderen Staaten Afrikas.

Die Parlamentswahlen im Februar 1991 waren die ersten pluralistischen Wahlen auf nationaler Ebene seit 1972, dem Beginn des „marxistisch-leninistischen“ Kérékou-Regimes. Die neu gewählten Staatsorgane sind in erster Linie eine Vertretung der Staatsklasse oder der urbanen Elite des Landes, kurz der Privilegierten. Das Beniner Parlament wird bereits ironisch das „intellektuellste Parlament der Welt“ genannt. Praktisch alle 64 Parlamentsmitglieder sind Graduierte, die zum größten Teil bereits schon seit der Unabhängigkeit eine politische Rolle gespielt haben. Bei der Wahl der Volksvertreter spielten offensichtlich weniger die Programme der 21 im Parlament vertretenen politischen Parteien eine Rolle, die sich ohnehin allenfalls in den Slogans unterschieden, als vielmehr die ethnische und regionale Abstammung.

Die Rolle der Opposition zur Regierung spielte in dieser Zeit faktisch eher die außerparlamentarische Opposition, insbesondere die Presse und die Gewerkschaften. Die Gewerkschaften schwächten durch zahlreiche Streiks praktisch während des gesamten Jahres 1991 die Regierung. Während der Hohe Rat der Republik, aus Gründen der Erhaltung des inneren Friedens, Kérékou für alle Handlungen während seiner Regierungszeit (Oktober 1972 bis April 1991) Immunität gewährte, versuchte die neue Regierung dessen Machtbasis so schnell wie möglich

abzubauen. Die Präsidialwache aus ca. 2000 Elitesoldaten, die wichtigste militärische Stütze Kérékous, wurde in einer der ersten Amtshandlungen der Regierung Soglo im April 1991 aufgelöst. Innenpolitisch waren die Vorschußlorbeeren, mit denen die städtische intellektuelle Elite Soglo zum Amtsantritt bedachte – trotz seines unbestreitbaren Erfolges auf außenpolitischem Parkett –, weitgehend aufgezehrt. Das politisch-soziale Klima verschlechterte sich zusehends, da eine schnelle Lösung insbesondere der wirtschaftlichen Probleme, die sich viele seiner Wähler von ihrem Staatspräsidenten erhofft hatten, ausblieb.

Roll-back-Strategie: das Beispiel Togos

Die Entwicklung in Togo ab 1990 war gekennzeichnet durch die kontroverse Diskussion über die Demokratisierung und Liberalisierung von Politik und Wirtschaft. Das Beispiel des Demokratisierungsprozesses im Nachbarland Benin, aber auch in anderen Staaten des frankophonen Afrika – von den machthabenden Despoten gefürchtet, von der Bevölkerung herbeigesehnt –, brachte auch die Machtbasis Eyadémas ins Wanken. Die blutige Unterdrückung der Opposition führte zu zunehmendem innen- und außenpolitischem Druck, der das Eyadéma-Regime zu Zugeständnissen beim demokratischen Erneuerungsprozeß zwang. Das Resultat der Nationalkonferenz im Juli/August 1991 war eine offene Kritik der Menschenrechtsverletzungen des Eyadéma-Regimes und dessen weitgehende formelle Entmachtung durch eine Übergangsregierung unter Ministerpräsident Koffigoh.

Eyadéma, der sich während seiner Regierungszeit mit tatkräftiger französischer und deutscher Unterstützung mit über 12 000 Mann eine der – pro Kopf der Bevölkerung – größten Armeen der Welt aufbaute, die er durch ethnische und regionale Abstammungsbande als persönliche Hausmacht auf sich verpflichtete, machte den Machtwechsel durch einen „Putsch auf Raten“ im November wieder teilweise rückgängig. Die Dekrete des Hohen Rates bezüglich der Aufdeckung der Hintergründe

der Putschversuche, der Menschenrechtsverletzungen und Korruption der Spitzen der alten Regierung sowie des Militärs scheinen die Hauptgründe gewesen zu sein, die die Armee zum Eingreifen bewegten. Zudem hatte die Übergangsregierung versucht, erste Schritte zur „Enttribalisierung" der Armee, und damit auch zur faktischen militärischen Entmachtung der Herrschaftsclique um Eyadéma, einzuleiten.

Die ausländischen Gebermächte – allen voran Frankreich –, die bisher den Demokratisierungsprozeß in Togo wohlwollend verfolgt hatten, hielten sich – trotz wiederholter Hilfeappelle seitens des Ministerpräsidenten, der in- und ausländischen Opposition sowie benachbarter westafrikanischer Staatsmänner – merkwürdig zurück. Es kam zu einem diametralen Umschwung der öffentlichen Meinung im In- und Ausland wegen der passiven Haltung der Geber – insbesondere Frankreichs – gegenüber der *roll-back*-Strategie Eyadémas. Die Haltung von Paris weckte um so mehr Unverständnis, als die dringenden Hilfeappelle Koffigohs ungehört verhallten, während Frankreich noch 1986 – auf Grund eines speziellen Abkommens über militärische Zusammenarbeit mit Togo – einem Ruf Eyadémas zur militärischen Intervention gefolgt war. Dieses Mal sah eine 300 Mann starke Eingreifgruppe, welche die französische Armee vorsichtshalber zum Schutze ihrer Staatsbürger in Lomé in das benachbarte Cotonou entsandt hatte, tatenlos zu, wie die konservativ-reaktionären Kräfte in Togo wieder die Macht an sich rissen. Die Weltmeinung befürchtete, daß diese Vorfälle von reaktionären Kräften auch in anderen afrikanischen Staaten, wie in Kongo oder Zaire, in denen in den letzten zwei Jahren mehr oder weniger autokratische Regierungen gezwungen wurden, Oppositionsparteien zuzulassen, als willkommener Präzedenzfall angesehen werden könnten. Selbst benachbarte afrikanische Staatschefs, die früher gegen die „imperialistischen Eingriffe" Frankreichs in innere politische Angelegenheiten afrikanischer Staaten Front gemacht hatten, äußerten sich jetzt über die Haltung Frankreichs enttäuscht oder befürworteten sogar offen dessen Intervention, wie der ghanaische und senegalesische Regierungschef.

Von oben gelenkte Demokratisierung: Mali

Der Demokratisierungsprozeß in Mali ist neben dem „Modell Benin" ein weiteres Beispiel eines gelungenen Beginns der demokratischen Erneuerung. Anders als in Benin war hier der Wegbereiter jedoch nicht ein „ziviler bürgerlicher Staatsstreich", sondern ein Putsch junger Militärs unter Führung von Major Amadou T. Touré, der monatelangen blutigen Repressionen der Opposition durch die Regierung Moussa Traoré Ende März 1991 ein Ende bereitete.

Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dieses Demokratisierungsprozesses ähnelten denen Benins. Auch Mali lag wirtschaftlich am Boden. Die Staatseinnahmen reichten nicht mehr aus, um die Gehälter termingerecht zu bezahlen; trotz jahrelanger Austeritätspolitik sah die Bevölkerung keine Erfolge einer korrupten Regierung, die angesichts der Wirtschaftsmisere immer weniger Pfründeneinnahmen zu verteilen hatte. Angespornt durch die Welle der Demokratisierung im frankophonen Afrika ab 1990 bildeten sich auch in Mali, das seit der Unabhängigkeit durch autokratische Einparteiregime regiert wurde, Oppositionsbewegungen zur herrschenden Staatsklasse heraus. Die Einheitspartei UDPM unter Moussa Traoré – 1979 an die Macht geputscht – fühlte sich durch die immer vehementer geäußerte Regimekritik an die Wand gedrückt und wehrte sich, zunächst durch Zensur der Zeitungen und Verbot oppositioneller Bewegungen, sodann (ab Januar 1991) durch gewalttätige Unterdrückung von Schüler- und Studentendemonstrationen. Die Methoden der blutigen Repression fanden innerhalb der regierenden Militärs keineswegs ungeteilte Zustimmung. Ende März 1991 nahm eine kleine Gruppe von Fallschirmjägern und der Präsidialwache den Staatspräsidenten gefangen und bildete, zusammen mit Vertretern aller gesellschaftlich relevanten Kräfte, umgehend eine Übergangsregierung aus 10 Militärs und 15 Zivilisten, angeführt von Major Touré, zur Einleitung der Demokratisierung.

Amadou Touré gewann durch seine aufrechte und entschlossene Haltung und die effektive Durchführung des Übergangs-

programmes unter den erschwerten Bedingungen der bürgerkriegsähnliche Dimensionen annehmenden Tuareg-Rebellion im Norden des Landes bald im In- und Ausland Anerkennung. Im Juli/August 1991 traten etwa tausend Delegierte aus allen Teilen und Gruppierungen des Landes zu einer souveränen Nationalkonferenz zusammen, um die Richtlinien für den vor ihnen liegenden Demokratisierungsprozess zu beraten. Diese Nationalkonferenz zeichnete sich dadurch aus, daß auch die sonst kaum gehörten Vertreter der Bauern und der auf 3–4 Mio. geschätzten großen Gruppe malischer Migranten in Afrika und Frankreich sich an den Diskussionen beteiligten. Das zu Beginn des Jahres 1992 folgende Referendum über die Verfassung, die sich weitgehend am französischen Vorbild orientierte, sowie die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im März/April fanden mit internationaler Unterstützung statt und verliefen nach dem Urteil von Wahlbeobachtern fair, jedoch mit einer erstaunlich niedrigen Wahlbeteiligung von nur 20 %. Damit sah Touré, der sich nicht zur Wahl gestellt hatte, seine Aufgabe, die politischen Rahmenbedingungen für eine Demokratisierung zu schaffen, als erfüllt an. Er übergab die Staatsführung an den neu gewählten Präsidenten Konaré, einen der Hauptarchitekten der demokratischen Oppositionsfront, die den Sturz des Traoré-Regimes vorbereitet hatte.

Hinhaltender Widerstand autokratischer Regime: Zaire

In Zaire mißbrauchte unterdessen Diktator Mobutu Sese-Seko das zähneknirschend unter internationalem Druck zugestandene Mehrparteiensystem zur Machterhaltung um jeden Preis. Parteiengründungen wurden von der in der Bevölkerung gehaßten Partei Mobutus, der MPR („revolutionäre Volksbewegung"), deren Strukturen in Stadt und Land immer noch intakt sind, manipuliert, und traditionelle Herrscher, Regierungsbeamte sowie Politiker wurden mit den beträchtlichen Mitteln des Mobutu-Clans „gekauft". Mittlerweile gibt es um die 230 Parteien, von denen mehr als die Hälfte als Scheinparteien Mobutus gelten.

Die Opposition ist ohne Profil, zersplittert und in sich zerstritten. Fundamentale gesellschaftspolitische Kritik kommt auch hier eher von der außerparlamentarischen Opposition, der Presse, die seit 1990 einen bemerkenswerten Aufschwung erlebte – allerdings die illiterate Landbevölkerung nicht erreicht –, und der Kirche, insbesondere dem ständigen Komitee der katholischen Bischöfe, das drei äußerst kritische Erklärungen zur Lage im Lande veröffentlichte. Die Bevölkerung ist lethargisch, ihre Initiativen sind durch jahrzehntelange Unterdrückung erstickt worden. Das durch Korruption und Mißmanagement in den wirtschaftlichen Ruin getriebene Land, das von seinem wirtschaftlichen und menschlichen Potential her gesehen eines der blühendsten Länder Afrikas sein könnte, stand mehrmals am Rande eines Bürgerkrieges, mit all seinen negativen Folgen für die Bevölkerung, die bereits während der Kongo-Wirren in den sechziger Jahren spürbar waren, und sich im September 1991 in Plünderungen einer desolaten randalierenden Soldateska in mehreren Städten Zaires zeigten. Auf die nationale, schlecht ausgerüstete und unterbezahlte Armee kann sich Mobutu zwar nicht mehr verlassen, wohl aber auf seine Schrecken im Lande verbreitende Präsidial- und Zivilgarde, die er – wie Eyadéma in Togo – durch Familien- und Stammesbande kontrolliert. Die Opposition forderte, daß eine Nationalkonferenz nach beninischem Vorbild über die Geschicke des Landes bestimme, eine Forderung, die von den ausländischen Gebern unterstützt wurde. Mobutu ließ jedoch nichts unversucht, um diese Nationalkonferenz – als sie schließlich mit mehreren Unterbrechungen zur Jahreswende 1991/92 begann – zu torpedieren; unliebsame Kritiker blieben ausgesperrt, Mobutu-Höflinge zettelten Schlägereien an, etc.

Die internationale Gebergemeinschaft übt zunehmend Druck auf Mobutu aus, seine Macht abzugeben. Bisher mangelt es jedoch an personellen Alternativen und tragfähigen politischen Programmen. In den Augen der Bevölkerung ist „Politik" gleichbedeutend mit „Lug und Betrug", und auch die nationale protestantische Kirche der Kimbanguisten, die während der Kolonialzeit noch als starke mobilisatorische und emanzipatorische

Kraft galt, hat sich nach der Unabhängigkeit durch eine enge Kooperation mit Mobutu korrumpiert.

Die westlichen Staaten, inklusive Frankreich, das anläßlich der Unruhen im September noch Truppen nach Zaire zur Evakuierung der Europäer entsandte, sind für diese Entwicklung mitverantwortlich, weil sie über Jahrzehnte hinweg dem Mobutu-Clan trotz seiner hemmungslosen Selbstbereicherung und Menschenrechtsverletzungen die Stange hielten, um ein Abdriften in das östliche Lager zu verhindern. Die Herausbildung integrer nationaler politischer Führer wurde so effektiv verhindert. Die politische Szene wird noch immer durch die alte, während der Kongokrise der sechziger Jahre durch die Westmächte hofierte Politikergarde bestimmt, und derzeit gibt es keinen Politiker von Rang, der sich nicht durch Kollaboration mit dem Mobutu Regime dem Verdacht aussetzt, sich die Hände schmutzig gemacht zu haben.

Literaturhinweise

Bayart, J. F., La problématique de la démocratie en Afrique noire. ‚La Baule, et puis après?', Politique Africaine, 43 (1991).

Bierschenk, T./Elwert, G./Kohnert, D., Langzeitfolgen der Entwicklungshilfe – Empirische Untersuchungen im ländlichen Westafrika, Afrika Spectrum 26 (1991) 2.

Brüne, S., Unter Reformdruck: die französische Afrikapolitik südlich der Sahara, in: Institut für Afrika-Kunde/Hofmeier, R. (Hrsg.), Afrika-Jahrbuch 1991, Opladen 1992.

Kohnert, D./Preuß, H., Vom Camarade zum Monsieur: Strukturanpassung und Demokratisierung in Benin, Peripherie, 46 (1992).

Mbembe, A., Traditions de l'autoritarisme et problèmes de gouvernement en Afrique sub-saharienne, Africa Development, 27 (1992) 1.

Spittler, G., Verwaltung in einem afrikanischen Bauernstaat. Das koloniale Französisch-Westafrika 1919–1939, Wiesbaden 1982.